**Pressemitteilung**

Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-679/687/683
Fax: 0711-2063-660
schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://www.bawue.gruene-fraktion.de

090/2006 Stuttgart, den 15.03.2006

# Land verschleppt Aktionspläne gegen Feinstaub

# Palmer: Trotz Grenzwertüberschreitungen will das Land nichts gegen Feinstaub unternehmen

---

Aus einer Antwort der Landesregierung auf einen Antrag der Grünen geht hervor, dass in insgesamt 36 Städten und Gemeinden im Land die Grenzwerte für Feinstaub in der Atemluft bereits Ende Februar an mehr als der Hälfte der zulässigen Tagen überschritten war. Da Luftreinhalte- und Aktionspläne bislang nur für fünf Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg vorliegen, heißt dies, dass in der weit überwiegenden Zahl der Fälle noch nicht einmal Vorbereitungen getroffen wurden, um die Belastung der Atemluft zu verringern.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer bezeichnete es als Skandal, dass die Landesregierung trotz dieser erschreckenden Ergebnisse auf Zeit spielt und keine Luftreinhaltepläne aufstellen will, bevor sie dazu durch EU-Recht gezwungen wird. Palmer: „Ministerin Gönner hat vor wenigen Wochen erklärt, die Luftreinhaltepläne seien sowieso nutzlos. Das stimmt für die Papiertiger, die in den hiesigen Regierungspräsidien geboren werden und macht die Untätigkeit der Landesbehörden verständlich. Verantwortlicher Gesundheitsschutz ist das aber nicht."

Besonders gravierend ist für Palmer die Situation in folgenden Städten und Gemeinden, in denen die Landesregierung außer Abwarten keinerlei Maßnahmen angekündigt hat:

Bernhausen, Biberach, Eggenstein, Friedrichshafen, Konstanz, Kehl, Plochingen, Waiblingen, Waldshut, Weil am Rhein Wiesloch. An den dort gelegen Messstationen wurden bereits 17 oder mehr Überschreitungstage und Belastungsspitzen bis zu 130 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gemessen. Zulässig sind 50 Mikrogramm und 35 Überschreitungstage.

Angesichts der dramatischen Belastungssituation verlangt Palmer eine schärfere Gangart gegen die Feinstaubemissionen. Dabei müsse an der Hauptquelle, nämlich den Dieselabgasen angesetzt werden. Die Grünen verlangen endlich die steuerliche Förderung des Einbaus von Russfiltern umzusetzen und die Einfahrt von Dieselfahrzeugen ohne Russfilter in Problemgebiete zu verbieten: „Das Recht auf gesunde Atemluft ist für uns wichtiger als freie Fahrt für alte Stinker."

Die Landesregierung kommt zum gegenteiligen Ergebnis: „Einfahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Russpartikelfilter kommen einem vollständigen Verkehrsverbot für Dieselfahrzeuge gleich. Da bei einem Großteil der betroffenen Fahrzeuge eine Nachrüstmöglichkeit nicht existiert, wäre ein so weitgehende Maßnahme offensichtlich unverhältnismäßig." Für Palmer ist das nicht nachvollziehbar: „Wer mit seinen Autoabgasen das Leben anderer massiv gefährdet, kann auch mal öffentliche Verkehrsmittel benutzen."

Die Untätigkeit der Landesregierung und der Bundesregierung in Sachen Förderung der Russfiltertechnik verschleiert die Landesregierung nur noch wenig: „Die neue Bundesregierung hat das Problem erkannt und eine entsprechende Vereinbarung in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen, die Nachrüstung von Kraftfahrzeugen mit Partikelfiltern aufkommensneutral steuerlich zu fördern und ab 2008 neue Kraftfahrzeuge ohne diesen Standard mit einem steuerlichen Malus zu belegen. Ein entsprechender Entwurf des Bundesumweltministeriums liegt aber noch nicht vor." Für Palmer ist die Behandlung des Feinstaubproblems die Geschichte eines einzigen Versagens: „Frau Gönner wirbelt viel Staub auf, zur Lösung der Feinstaubproblematik unternimmt sie nichts. Nur wirkungslose Luftreinhaltepläne, keine Fahrverbote für Dieselstinker und keine steuerliche Förderung der Russfiltertechnik. Die Lungen der Stadtbewohner färben sich schwarz von dieser Politik."

*(Die Drucksache 13/5162 können wir Ihnen auf Wunsch zufaxen.)*